

Niederschrift

Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung, Antidiskriminierung und Bürger*innenbeteiligung (öffentlich) der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg

Sitzungstermin: Donnerstag, 08.07.2021
Sitzungsbeginn: 16:35 Uhr
Sitzungsende: 18:07 Uhr
Ort, Raum: Sitzungssaal Barfüßerstr. 50, 35037 Marburg

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Herr Roland Böhm - Marburger Linke

reguläre Mitglieder

Frau Alexandra Klusmann - SPD
 Herr Liban Abdirahman Farah - SPD
 Frau Isabella Aberle - Klimaliste Marburg
 Frau Jelena Dejanovic - CDU
 Frau Lena Frewer - B90/Die Grünen Vertretung für: Frau Madelaine Stahl
 Herr Winfried Kissel - CDU
 Herr Phillip Knaack - CDU
 Frau Erika Lotz-Halilovic - SPD
 Frau Katharina Rink - B90/Die Grünen
 Herr Miguel Angel Sánchez Arvelo - Marburger Linke
 Frau Karen von Rüden - B90/Die Grünen

Magistratsmitglieder

Herr Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies - SPD
 Frau Stadträtin Kirsten Dinnebier - SPD

Entschuldigte Mitglieder

reguläre Mitglieder

Frau Madelaine Stahl - B90/Die Grünen entschuldigt

Magistratsmitglieder

Herr Bürgermeister Wieland Stötzel - CDU entschuldigt

Ausländerbeirat

Frau Xiaotian Tang, Frau Badizadegan

Gäste

Frau Aydin, Frau Bauder-Wöhr, Herr Durben, Herr Geilen, Herr Pratsch, Herr Rink,

Protokoll:

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegen die vorgeschlagene Tagesordnung werden keine Einwände erhoben. Ein Ergänzungsantrag der Klimaliste Marburg zum **TOP 4.2** wird im Sitzungsverlauf verteilt.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 17.06.2021

Das Protokoll der Sitzung vom 17.06.2021 wird in der vorgelegten Form und Fassung genehmigt.

zu 3 Marburg macht mit - inklusive Beteiligung durch die städtische Online-Beteiligungsplattform (Erfahrungsbericht von Dr. Griet Newiger-Addy)

Frau Dr. Newiger-Addy stellt anhand einer Präsentation den Bericht vor. Die Präsentation wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Fragen der Mitglieder werden beantwortet. Herr Dr. Spies ergänzt die Arbeit des Fachbereiches mit weiteren Erläuterungen.

zu 4 Anträge der Fraktionen

zu 4.1 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Mieter*innenbeirat einführen bei der GeWoBau Vorlage: VO/0166/2021

Die Vorlage wird von Frau Bauder-Wöhr vorgestellt. Nach reger Diskussion stellt die SPD-Fraktion folgenden Änderungsantrag, den die antragstellende Fraktion Marburger Linke übernimmt:

*Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg möge beschließen, den Magistrat zu beauftragen, in Zusammenarbeit mit der städtischen Wohnbaugesellschaft GeWoBau herauszufinden, ob und wie eine Interessenvertretung der Mieterinnen und Mieter in Form gewählter Mieter*innenbeiräte möglich ist, und wo dies gewünscht ist zu installieren. Außerdem soll gewährleistet werden, dass auch Mieter*innen mit Migrationshintergrund adäquat angesprochen werden, um sie zur Beteiligung zu bewegen.*

Der Änderungsantrag wird mit neun (9) Stimmen bei drei (3) Enthaltungen (CDU) angenommen.

**zu 4.2 Antrag der SPD-Fraktion betr.: Marburg zum Freiheitsraum für LGBTIQ-Personen erklären - Diskriminierung entgegentreten
Vorlage: VO/0187/2021**

Herr Farah stellt die Vorlage vor. Herr Schmidt verteilt hierzu den Ergänzungsantrag der Klimaliste Marburg. Herr Farah merkt hierzu an, dass die SPD den Änderungsantrag mit folgender Abänderung zum Punkt 4b übernimmt:

(Änderungen in Fettdruck hervorgehoben)

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung erklärt die Universitätsstadt Marburg – entsprechend der Entschließung des Europäischen Parlaments bezüglich der Europäischen Union vom 11. März 2021 – zum Freiheitsraum für LGBTIQ-Personen und verpflichtet sich einerseits weiterhin zu öffentlichen Maßnahmen zur Förderung und zum Schutz der Rechte von LGBTIQ-Personen und andererseits zur ausdrücklichen Sanktionierung von Mechanismen der strukturellen Diskriminierung.

2. Die Stadtverordnetenversammlung verurteilt das Vorgehen einiger Staaten gegen die Rechte von LGBTIQ-Personen, mit dem die Charta der Grundrechte der Europäischen Union und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte eindeutig missachtet werden, sowie jede andere Form der Diskriminierung von LGBTIQ- Personen;

3. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, zukünftig eine Regenbogenfahne (**die progressive Pride-Flag**) während des Pride-Monats Juni am Rathaus zu hissen.

4a. Die Stadtverordnetenversammlung erkennt die besondere Lage von trans* und inter* Personen an, die oft stark von Diskriminierung betroffen sind und deren Sicherheit an öffentlichen Orten dadurch gefährdet ist. Dies betrifft in einem besonderen Maße mehrfach marginalisierte trans* und inter* Personen.

4b. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf zu prüfen, wie die Sicherheit von trans* und inter* Personen in Marburg verbessert werden kann, um diesem Ausschuss entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.

4c. Die Stadtverordnetenversammlung erkennt den dgti-Ergänzungsausweis an, der als Hilfsmittel für trans* und inter* Personen dient, mit dem gewünschten Namen und Pronomen angesprochen zu werden.

4d. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, eine kurze Schulung für Busfahrer*innen, Fahrkartenkontrolleur*innen und in der Verwaltung Beschäftigte, die Ausweiskontrollen durchführen, in Auftrag zu geben, die über den dgti-Ergänzungsausweis aufklären soll, helfen soll diesen zu erkennen und darauf zu reagieren.

Der Änderungsantrag wird einstimmig angenommen.

zu 5 Kenntnisnahmen

zu 5.1 Kenntnisnahme zum StVV-Beschluss "Marburger Mietendeckel" Vorlage: VO/7838/2021-1

Die Vorlage wird vom Gremium zur Kenntnis genommen.

zu 6 Verschiedenes

Frau Habibova stellt sich mit Frau Dr. Amend-Wegmann als neue Kolleginnen im Projekt Antidiskriminierungsarbeit und -beratung bei der Stadt Marburg vor. Eine entsprechende Pressemitteilung wird folgen.

Frau Lotz-Halilovic stellt die Frage, nach welchen Standards Wohnungen für Flüchtlinge ausgestattet werden. Die Frage wird vom Fachdienst 52 (Migration und Flüchtlingshilfe) wie folgt beantwortet:

„Die Wohnräume der einzelnen Gemeinschaftsunterkünfte werden entsprechend der Anzahl an Personen und der Personenkonstellation (Einzelpersonen oder Familien) vor Bezug hergerichtet.

Die Schlafräume werden mit Einzel- oder Doppelbetten ausgestattet (bei Ehepaaren), sowie mit Kleiderschränken (pro Person 1 Schrank).

Die Wohnräume werden mit einem Esstisch, entsprechender Anzahl an Stühlen, sowie Schränken / Sideboards und einem TV-Gerät ausgestattet.

Die Küchen verfügen jeweils über eine Einbauküche mit entsprechenden Elektrogeräten.

1 Waschmaschine pro Wohneinheit wird ebenfalls bereitgestellt. Diese befinden sich zu meist nicht in den Wohnungen, sondern in den jeweiligen Waschräumen der Gebäude.

Bei Einzug in eine Gemeinschaftsunterkunft werden Einzelpersonen / Familien mit einer Grundausrüstung versehen.

- *Decke + Kopfkissen + Bezüge + Bettlaken*
- *3-teiliges Topf- & Pfannenset (Einzelperson) / 9-teiliges Topf- & Pfannenset (Familie)*
- *Ess- & Trinkgeschirr + Besteck*
- *Badetücher*
- *Putzeimer + Putzlappen + Wischer + Besen + Handfeger & Kehrblech*
- *Abwaschschüssel + Reinigungslappen + Reinigungsschwämme + Waschmittel + Spülbürste + Abtrockentücher.“*

Des Weiteren führt der Fachdienst 52 aus:

„Wenn die Personen nach einem positiven BAMF-Bescheid aus einer Gemeinschaftsunterkunft in eine eigene Wohnung ausziehen, erfolgt der sogenannte Rechtskreiswechsel und damit verändert sich die Zuständigkeit hin zum Kreisjobcenter (SGB II). Von dort erhalten die Personen alle Gegenstände, die für die Grundausrüstung einer Wohnung notwendig sind. Oftmals im Rahmen einer s. g. Einrichtungspauschale.“

Marburg, 14.07.2021

Roland Böhm
Vorsitzender

Ansgar Rohner
Protokoll